Vier Jugendliche wegen Raketenbeschusses vor Gericht

Sie wollten in Silvesternacht Israel-Flagge am Ansbacher Rathaus zerstören – Zwei Angeklagte waren auch an Raubüberfällen auf Filialen von dm und H&M beteiligt

ANSBACH – Das Amtsgericht Ansbach hat eine Anklage der Staatsanwaltschaft gegen vier Jugendliche zugelassen. Sie werden beschuldigt, die Flagge des Staates Israel am Ansbacher Rathaus in der Silvesternacht mit Feuerwerkskörpern beschossen zu haben.

Bei der Tat waren sie zwischen 15 und 16 Jahre alt. Verhandelt wird am 15. Dezember vor dem Jugendschöffengericht, wie ein Sprecher des Amtsgerichts auf FLZ-Anfrage mitteilte. Dann geht es um die Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten. Der Strafrahmen reicht von Geldstrafen bis zu zwei Jahren Haft.

Zwei der Angeklagten gehören zu einer Gruppe von sieben Jugendlichen, die erst im Juli vom Jugendschöffengericht wegen Raubüberfällen auf Filialen von H&M und dm in Ansbach zu Haftstrafen verurteilt worden waren. Sechs haben Berufung eingelegt, fünf sitzen weiter in Untersuchungshaft. Diese Berufungsverhandlung am Landgericht Ansbach ist noch nicht terminiert.

Handy-Video enthält wichtige Hinweise

In der Nacht zum Silvester hatten mehrere Personen mit Pyrotechnik die Fassade des Rathauses beschossen. Die Polizei nahm zwei Verdächtige vor Ort fest, von denen die Spuren zu fünf weiteren Tatverdächtigen zwischen 15 und 17 Jahren führten. Nur bei vier von ihnen hält die Staatsanwaltschaft die Beweislage für ausreichend. Für die Polizei lieferte auch ein Video wichtige Hinweise. Ein Mann, der vom Turm der Johanniskirche das Feuerwerk fotografieren wollte, hatte mit dem Handy das Geschehen gefilmt.

Die beschädigte Israel-Flagge wurde nach der Tat umgehend ersetzt. Von den vier Angeklagten haben zwei die syrische, einer die irakische und einer die deutsche Staatsangehörigkeit.

Ihre Staatsangehörigkeit ist in diesem Fall wichtig, weil ihr Motiv politischer Natur war. Sie haben ihre Beteiligung beim Angriff auf die Israel-Flagge nach den Angaben von Oberstaatsanwalt Jonas Heinzlmeier gestanden. Die beiden anderen haben dazu noch keine Angaben gemacht.

MANFRED BLENDINGER